

3. Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation

Antrag des Regierungsrates vom 20. August 2025 und Antrag der Kommission für Staat und Gemeinden vom 27. März 2026

KR-Nr. 377b/2020

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Die Kommissionsmehrheit beantragt die Abschreibung des Postulats ohne abweichende Stellungnahme. Es liegt ein Minderheitsantrag von Susanne Brunner vor, das Postulat mit abweichender Stellungnahme abzuschreiben.

Priska Lötscher (SP, Winterthur), Präsidentin der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Am 19. Oktober 2020 reichten Hannah Pfalzgraf (Altkantonsrätin) und Mitunterzeichnende das Postulat «Gleichstellung von LGBTI-Menschen (*lesbisch, gay, bisexuell, trans und intergeschlechtlich*) und Massnahmen gegen Hasskommunikation» ein. In dem Postulat wird der Regierungsrat gebeten, in einem Bericht aufzuzeigen, wie die neuen Herausforderungen für einen wirksamen Diskriminierungsschutz angegangen werden können. Der Kanton soll künftig auch die Gleichstellung von LGBTI-Menschen fördern sowie wirksame Massnahmen allgemein gegen Hasskommunikation entwickeln. Der Bericht soll ausserdem aufzeigen, ob und wie diese Aufgaben an bereits existierende Strukturen angeknüpft werden könnten, wie zum Beispiel die Fachstelle Gleichstellung von Mann und Frau.

Nachdem der Regierungsrat am 2. Dezember 2020 den Antrag auf Entgegennahme gestellt hatte und am 8. Februar 2021 im Kantonsrat der Antrag auf Ablehnung gestellt worden war, überwies der Kantonsrat schlussendlich das Postulat von SP, GLP, Grünen, Mitte und AL mit 117 zu 48 Stimmen bei 0 Enthaltungen an den Regierungsrat. Der Regierungsrat beantragte, gestützt auf den Bericht, dem Kantonsrat am 20. August 2025, das Postulat KR-Nr. 377/2020 als erledigt abzuschreiben. Die Regierung ist bereit, den Auftrag der kantonalen Fachstelle Gleichstellung mit einem eigenen Fachbereich LGBTQIA+ (*lesbisch, gay, bisexuell, trans, queer, intergeschlechtlich und asexuell*) zu erweitern, weil eine spezialisierte Institution bisher fehlt. Die Kommissionsmehrheit unterstützt dies.

Die Minderheit der Kommission beantragt eine abweichende Stellungnahme. Sie unterstützt zwar die Aufgabenteilung, ist aber der Meinung, dass dazu keine zusätzlichen Ressourcen nötig sind.

Die Kommission für Staat und Gemeinden beantragt dem Kantonsrat mit 8 zu 7 Stimmen, das Postulat betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation als erledigt abzuschreiben.

Minderheitsantrag Susanne Brunner, Michael Biber, Linda Camenisch (in Vertretung von Fabian Müller), Pierre Dalcher (in Vertretung von Stefan Schmid), Isabel Garcia, Roman Schmid, Christina Zurfluh Fraefel:

I. Das Postulat KR-Nr. 377/2020 betreffend Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation wird als erledigt abgeschrieben.

II. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

Abweichende Stellungnahme

Die Kommissionsminderheit teilt weitgehend die Feststellungen des Regierungsrates betreffend seine Beurteilung der Situation, insbesondere, dass LGBTI-Personen gemäss Gesetz und Verfassung gleichgestellt sind, und dass es keine weiteren kantonalen Massnahmen braucht, um Hassrede und Hassdelikten zu begegnen. Falls sich die Fachstelle Gleichstellung um den Themenbereich LGBTI erweitern möchte, muss dies ohne Erhöhung von Stellenprozenten und ohne Budgeterhöhung erfolgen. Dies in Anbetracht des überproportionalen Wachstums des Personalbestandes der Verwaltung im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum im Kanton Zürich.

Susanne Brunner (SVP, Zürich): Die Postulanten sind, wie wir gehört haben, mit dem Abschreiben ihres Postulates einverstanden, denn sie haben erhalten, was sie wollten. Eine neue Staatsaufgabe soll kreiert werden. Die Fachstelle für Gleichstellung von Frau und Mann soll um das Themengebiet LGBTI erweitert werden. Dafür plant die zuständige Regierungsrätin zusätzliche 180 Stellenprozente ein. Mit dem Einverständnis von Jacqueline Fehr darf ich diese Zahl heute hier nennen.

Wir verlangen mit unserer abweichenden Stellungnahme, dass die Fachstelle für Gleichstellung dies durchaus tun darf, wenn sie das will, aber ohne Erhöhung ihres Budgets und ohne zusätzliche Stellen. Wir werden in der nächsten Budgetdebatte darauf pochen.

Die Schweizer Bevölkerung hat die Gleichstellung der Menschen in diesem Land mittels Verfassungsgrundsätzen und Gesetzen herbeigeführt. Dass Menschen in unserem Land aufgrund ihrer sexuellen Orientierung unter Druck kommen können – das sollten die Postulanten wissen –, hat mit dem Ausmass von Migration zu tun und mit den zugewanderten Menschen (*Unmutsäusserungen auf der linken Ratsseite*), die unsere Verfassungsgrundsätze nicht teilen. Für Hassdelikte ist die Kantonspolizei zuständig. Hasskommunikation und alles unter der Deliktschwelle soll nun also die Fachstelle für Gleichstellung lösen. Doch Anstand lässt sich nicht regulieren und das Umerziehen von Bevölkerungsteilen gelingt weder mit 180 Stellenprozenten noch mit 1800 Stellenprozenten. Wollten die Postulanten das Problem wirklich lösen und nicht nur bewirtschaften, dann würden sie am 14. Juni Ja zur Nachhaltigkeitsinitiative stimmen (*Abstimmung über die eidgenössische Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! [Nachhaltigkeitsinitiative]»*). Denn gelingende Integration ist eine Frage des Masses. Besten Dank.

Regierungsrätin Jacqueline Fehr: Ich danke der STGK herzlich für die Beratung dieses Postulatsberichts. Das Postulat hatte ja zwei Forderungen, einerseits die

Beratung und Sicherstellung von Nichtdiskriminierung queerer Personen und andererseits Massnahmen gegen Hasskommunikation. Die zweite Stossrichtung, Massnahmen gegen Hasskommunikation, das wird im Postulatsbericht klargestellt, bleibt Aufgabe der Kantonspolizei. Hier sollen keine zusätzlichen neuen Strukturen aufgebaut werden, sondern dies ist Aufgabe der Kantonspolizei und wird von dieser auch bewältigt.

Die Unterstützung von queeren Personen in ihrer Gleichstellung soll Aufgabe der Fachstelle Gleichstellung werden. Wieso sind wir überhaupt in dieser Diskussion? Schlicht und einfach, weil 2020 eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung die Bundesverfassung ergänzt und klargemacht hat, dass der Diskriminierungsschutz explizit auch auf diese Personengruppe ausgeweitet werden soll und dass die Kantone damit einen Auftrag erhalten, hier Massnahmen zu ergreifen. Es ist ein Verfassungsauftrag, verfasst von der Schweizer Bevölkerung.

Man kann jetzt schon sagen, «die Fachstelle Gleichstellung soll das einfach mit den bisherigen Ressourcen machen». Nur, die Fachstelle Gleichstellung hat 320 Stellenprozent. Dieser Stellenetat ist seit 2003 unverändert, und in dieser Zeit musste sie schon sehr viele weitere Aufgaben immer mit diesen Stellenprozenten bewältigen: die Beratung der Verwaltung, die Beratung der Schulen, die Beratung der Branchenverbände, die Beratung der Gesellschaft. Sie arbeitet beispielsweise mit 18 Branchen und Berufsverbänden im Kanton Zürich zusammen, leistet jedes Jahr mehrere hundert Beratungen innerhalb und ausserhalb der Verwaltung, triagierte, so gut es geht, diese Beratung an weitere Stellen, weil sie selber beschränkte Ressourcen hat.

Und hier zu sagen, «okay, da soll sie einfach nochmals einen Aufgabenbereich mit diesen 320 Stellenprozenten erledigen», das ist einfach, sagen wir mal, nicht fair. Da wird etwas bestellt, das nicht bezahlt wird. Dann wäre es korrekter zu sagen, «der Kanton Zürich stellt sich dieser Aufgabe nicht und macht dies nicht». Aber so tun, als ob es möglich sei, mit dem immer gleichen Stellenetat immer noch mehr zu machen – ein böses Wort dafür, denke ich mir, wäre «politische Zechprellerei». Man kann nicht bestellen, ohne zu bezahlen. Es sagte mir mal jemand, «man kann schon sagen, im Tram hat immer noch jemand Platz, man kann ja noch etwas drücken». Jemand hat immer schon noch Platz, aber am Schluss hat nicht die ganze Stadt Zürich in einem Tram Platz, irgendwann ist einfach fertig. Und ich glaube, bei der Fachstelle Gleichstellung, die mit diesem Stellenetat seit 2003 zurechtkommen muss, während wir ihr ständig neue Erwartungen auferlegen, wäre das nun ein Schritt, der nötig ist, damit sie die nötigen Ressourcen bekommt, um diese Aufgabe auch seriös und fachlich korrekt zu erfüllen. Ich danke Ihnen deshalb für die Unterstützung.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf): Die SP-Fraktion anerkennt, dass der Regierungsrat das Anliegen dieses Postulats ernst genommen und mit der Ecoplan-Studie (*Beratungs- und Forschungsunternehmen*) eine fundierte Auslegeordnung vorgelegt hat. Wir anerkennen auch, dass der Kanton Zürich in den letzten Jahren nicht untätig war und mit der Koordinationsstelle zu Hate-Crime, Schulungen für

Strafverfolgungsbehörden sowie Anlaufstellen erste wichtige Schritte gemacht hat. Wir begrüßen explizit, dass der Regierungsrat dazu bereit ist, die Fachstelle Gleichstellung um den Bereich sexuelle und geschlechtliche Vielfalt zu erweitern. Die Empfehlungen der Ecoplan-Studie und gerade auch Forderungen und Berichte von LGBTQ-Organisationen zeigen aber, dass es auch weiterhin und darüber hinaus Handlungsbedarf gibt. Gleichstellung und der Schutz vor Hassverbrechen sind langfristige staatliche Aufgaben, die nicht mit einem Bericht und einzelnen Massnahmen abgeschlossen sind.

Umso unverständlicher ist die Haltung der Kommissionsminderheit. Aus Sicht von SVP und FDP braucht es also keine weiteren kantonalen Massnahmen, um queere Menschen zu schützen. Dem möchte ich entschieden widersprechen. Wer die Ergebnisse der Studie und vor allem die Lebensrealitäten queerer Menschen in diesem Kanton ernst nimmt, kann nicht ernsthaft behaupten, es brauche keine weiteren Massnahmen. Und auch die Aussage, dass die Fachstelle Gleichstellung eine Erweiterung um den Themenbereich LGBTQ, wenn überhaupt, ohne zusätzliche Ressourcen stemmen müsse, ist ganz offen gesagt ein Hohn. Wem die Gleichstellung und der Schutz queerer Menschen ein echtes Anliegen sind, muss dafür auch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen.

Die SP-Fraktion wird der Abschreibung dieses Postulats zustimmen. Wir tun das jedoch mit der klaren Erwartung, dass die Regierung die Erweiterung der Fachstelle rasch angeht, mit den nötigen Mitteln, und erwarten zudem, dass auch die weiteren Handlungsfelder und Empfehlungen in den Bereichen Prävention, Koordination, Monitoring und Datenerhebung weiterverfolgt werden. Besten Dank.

Isabel Garcia (FDP, Zürich): Die FDP hat ja damals, im September 2023, das Postulat mitüberwiesen. Der Vorstoss fordert, es wurde hier bereits ausgeführt, die Gleichstellung von LGBTI-Personen zu fördern sowie wirksame Massnahmen gegen Hassrede zu entwickeln. Nun, in Erledigung des Postulats hat die Regierung eine umfassende Analyse im Sinne einer Auslegeordnung in Auftrag gegeben. Die Studie, die gut anderthalb Jahre später, im Mai 2025, veröffentlicht wurde, stellt dem Kanton insgesamt ein ordentliches Zeugnis aus. Sie enthält auch einige Empfehlungen, in welchen Themenbereichen die Studienautoren noch Entwicklungspotenzial sehen. Aufgrund der Erkenntnisse dieser externen Analyse kommt die Regierung zum Schluss, dass die aktuellen kantonalen Massnahmen gegen Hassrede und Hassdelikte genügen, um die Bevölkerung ausreichend zu schützen, und dass auch genügend Informations- und Meldeangebote für Betroffene vorhanden sind, sodass sie die Schaffung einer zentralen kantonalen Meldestelle als nicht gerechtfertigt erachtet. Bezüglich der Gleichstellung von LGBTI-Personen sieht die Regierung aber Handlungsbedarf und beabsichtigt, auch das wurde bereits hier ausgeführt, den Auftrag der Fachstelle Gleichstellung um einen eigenen Fachbereich LGBTI zu erweitern. Damit will sie eine auf die Thematik spezialisierte Anlaufstelle schaffen, die der erhöhten Nachfrage nach spezifischer Beratung und Schulung Rechnung tragen kann. In diesem Zusam-

menhang lässt der Regierungsrat bereits durchblicken, dass dazu zusätzliche Ressourcen notwendig sein werden. Nun, Sie werden sich sicher unschwer vorstellen können – und darauf haben wir bereits 2023 bei der Überweisung des Postulats hingewiesen: Wir wollen uns einer Weiterentwicklung des Auftrags der Fachstelle Gleichstellung nicht grundsätzlich verschliessen; eine allfällige damit einhergehende Erhöhung des Saldos der Leistungsgruppe 2233 ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Frau Garcia, kommen Sie bitte zum Schluss, wir haben Kurzdebatte.

Isabel Garcia fährt fort: ... werden wir aber dezidiert ablehnen. Wir unterstützen die Abschreibung des Postulats mit der abweichenden Stellungnahme. Danke.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Eine offene Gesellschaft ist wie eine Brücke, sie trägt nur, wenn alle Pfeiler stark sind. Werden einzelne Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgegrenzt, entstehen Risse im Fundament unseres Zusammenlebens.

Das vorliegende Postulat hat seinen Zweck erfüllt. Der Regierungsrat hat sorgfältig aufgezeigt, wo Handlungsbedarf besteht und welche Massnahmen bereits umgesetzt oder eingeleitet werden. Besonders wichtig sind das geplante Verbot von Konversionspraktiken und die geplante Stärkung der Fachstelle für Gleichstellung mit einem Fachbereich LGBTQ. Ebenso wichtig sind Schulungen, Sensibilisierung und Beratungsangebote, denn Diskriminierung beginnt oft nicht mit einem Schlag, sondern mit einem Spruch, einem Kommentar oder einem Hasspost. Wer ganze Hassreden unkommentiert wachsen lässt, darf sich nicht wundern, wenn das gesellschaftliche Klima rauer wird. Gerade deshalb sind die bestehenden Massnahmen gegen Hasskommunikation und Hate-Crime wichtig. Sie schützen nicht nur Betroffene, sondern auch unsere demokratische Debattenkultur und die freie Meinungsäusserung aller.

Ein aktuelles Beispiel zeigt, wie zerbrechlich Fortschritte sein können. Das Pride-Festival in Zürich kann dieses Jahr mangels Finanzierung nicht stattfinden. Die Pride ist aber weit mehr als ein Fest. Sie ist Sichtbarkeit, Solidarität und ein starkes Zeichen dafür, dass Vielfalt in unserem Kanton ihren Platz hat. Wenn ein solcher Leuchtturm ins Wanken gerät, wird sichtbar, dass gesellschaftlicher Fortschritt keine Selbstverständlichkeit ist.

Die GLP begrüsst die eingeleiteten Massnahmen. Die Weichen sind gestellt, nun braucht es Kontinuität, Verlässlichkeit und den politischen Willen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen für eine Gesellschaft, in der alle Menschen frei und ohne Angst leben können. Das Postulat kann abgeschrieben werden. Denn Hassrede beginnt mit Worten und endet oft damit, dass Menschen verstummen. Eine liberale Gesellschaft darf dazu nicht schweigen.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Diversen internationalen Studien zufolge sind queere Menschen regelmässiger oder viel häufiger Hasskommunikation und Ausgrenzung und auch Diskriminierung ausgesetzt als nicht queere Menschen, wenn wir diese Unterscheidung schon machen müssen. Wir haben bei diesem Postulatsbericht einen wirklich umfangreichen und, das muss man auch mal sagen, wirklich hervorragenden Bericht erhalten. Es werden sogar direkte Massnahmen vorgeschlagen. Es mag Sie erstaunen, aber wir erhalten regelmässig Postulatsberichte, in denen keine Massnahmen vorgeschlagen werden; das ist hier nicht der Fall, und sie sind umfassend und gut. Sie umfassen die rechtlichen, gesellschaftlichen und auch institutionellen Perspektiven, und das hilft uns. Trotz der qualitativ hochwertigen Ausarbeitung können wir Grünen noch drei Verbesserungspotenziale ausmachen, die auch die Studie zeigt. Die Schaffung eines kantonalen Gleichstellungsgesetzes wäre das erste, die systematische Datenerhebung zu queeren Themen und queerer Gewalt wäre ein zweites, und die ehrenamtlich im Bereich der Unterstützung queerer Menschen tätigen Organisationen brauchen Unterstützung, sie brauchen auch finanzielle Unterstützung. Das dürfte sich noch verbessern.

Dass einige Parteien möchten, dass die gleichen Massnahmen mit dem gleichen Personalschlüssel und ohne Budgeterhöhung stattfinden, heisst im Umkehrschluss, dass halt die Arbeit der bestehenden Fachstelle Gleichstellung nicht wertgeschätzt wird und sie sonst Arbeiten einfach zurückstellen muss. Dieser Vergleich ist selten angebracht, aber hier ist er angebracht: In einem Unternehmen würden Sie nie einer Organisationseinheit eine komplett neue, gleichwertige Aufgabe, die gleich gross ist, zuteilen, ohne ihr die entsprechenden Ressourcen zu geben. Hier tun Sie es. Sie sagen damit, und wir kommen eigentlich nur zu diesem Schluss, dass Ihnen halt beides nicht wichtig ist und Sie diese Organisationseinheit nicht schätzen.

Das bedauern wir sehr. Wir Grünen sehen das natürlich anders. Wir sagen deutlich, was wir wollen, und wir kneifen nicht bei der Umsetzung unserer Anliegen. Das Postulat ist gelungen, wir schreiben es gerne ab. Besten Dank.

Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur): Die Mitte hat das Postulat, welches 2020 eingereicht und vom Kantonsrat überwiesen wurde, mitunterzeichnet. Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität und der Aufruf zu Hass sind in der Schweiz verboten. Queere Personen werden überdurchschnittlich häufig Opfer von Diskriminierung, Hassreden und Ausgrenzung. Das vorliegende Postulat bat die Regierung aufzuzeigen, wie der Diskriminierungsschutz für queere Personen gestärkt, die Gleichstellung dieses Personenkreises gefördert und wirksame Massnahmen gegen Hassrede und Ausgrenzung ergriffen werden können.

Wir danken der Regierungsrätin für den aufschlussreichen, guten Bericht. Die Mitte befürwortet die vorgeschlagenen Massnahmen und erachtet sie als nachvollziehbar und stimmig. Insbesondere die Angliederung des neuen Fachbereichs

für LGBTQIA+-Personen an die kantonale Fachstelle für Gleichstellung erachten wir als gute und pragmatische Massnahme.

Den Antrag der SVP auf abweichende Stellungnahme unterstützen wir nicht. Auch die Mitte beobachtet das überproportionale Wachstum des Personalbestands der kantonalen Verwaltung mit Sorge. Ich bin jedoch überzeugt, dass die Bevölkerung von uns als Parlament erwartet, dass wir eine Einzelfallbetrachtung vornehmen und nicht pauschal gegen jeden Stellenausbau stimmen. Die Erweiterung des Stellenplans der Fachstelle für Gleichstellung um 180 Prozent zur Bewältigung der neuen, zusätzlichen und von uns bestellten Aufgaben im Bereich Gleichstellung von queeren Personen erachten wir als vertretbar und folgerichtig. Die Mitte schreibt das Postulat ab.

Renato Mario Pfeffer (EVP, Richterswil): Bereits bei der ersten Behandlung hat die EVP dieses Postulat unterstützt. Wir begrüssen, dass der Regierungsrat den Auftrag der Fachstelle für Gleichstellung weiterentwickeln und das Thema LGBTQIA+ künftig gezielter bearbeiten will. Für die EVP steht dabei die Würde jedes Menschen im Zentrum. Niemand soll aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität ausgegrenzt, herabgewürdigt oder diskriminiert werden.

Besonders wichtig erscheint uns die Prävention. Oft steht hinter diskriminierenden Haltungen nicht in erster Linie Bosheit, sondern Unwissenheit. Gerade deshalb sind die Sensibilisierung und die Schulung von Fachpersonen, wie das der Regierungsrat auch vorsieht, zentral. Sachliche Aufklärung kann Vorurteile abbauen, das gegenseitige Verständnis fördern und so einen wichtigen Beitrag gegen Ausgrenzung und Gewalt leisten. Diese Erfahrung habe ich auch in vielen Gesprächen als reformierter Pfarrer zu LGBTQIA+-Themen gemacht. Wo Menschen bereit sind, einander zuzuhören und die Sichtweise des Gegenübers ernst zu nehmen, entstehen Verständnis und Respekt oft schneller als erwartet. Wer hier in Stellenprozenten sparen will, spart am falschen Ort und hat den Begriff «Prävention» falsch verstanden. Die EVP unterstützt deshalb die Abschreibung des Postulats im Sinne der Stellungnahme der Mehrheit der STGK und dankt dem Regierungsrat für eine rasche Umsetzung.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): Vor drei Jahren hat dieser Rat ausführlich zum Thema diskutiert und das Postulat von Altkantonsrätin Hannah Pfalzgraf mit einer satten Mehrheit von 117 Stimmen überwiesen. Die von der Direktion der Justiz und des Innern in Auftrag gegebene Studie von Ecoplan hat deutlich gemacht, dass es im Kanton Zürich einen grossen Handlungsbedarf gibt. Das sieht auch der Regierungsrat so, und er hat beschlossen, dass vorerst das Aufgabengebiet der Fachstelle für Gleichstellung erweitert werden soll, und er ist auch bereit, die dafür nötigen Stellen zu bewilligen. Es geht um eine Aufstockung der Fachstelle für Gleichstellung um 180 Stellenprozent. In Bezug auf die Hasskommunikation ist der Regierungsrat der Meinung, dass die bestehenden Angebote bei der Kantonspolizei sowie bei anderen Anlaufstellen ausreichen.

Die Alternative Linke, AL, freut sich über die Stellenaufstockung und Erweiterung des Aufgabengebiets der Fachstelle Gleichstellung. Die Fachstelle macht mit wenig Personal eine enorm gute Arbeit. Nicht zufrieden sind wir damit, dass eine zentrale Meldestelle für Hasskommunikation durch die Maschen fällt. Wir bezweifeln, dass die Koordinationsstelle Hate-Crime der Kantonspolizei, die bei der Interventionsstelle gegen Radikalisierung und gewalttätigen Extremismus angesiedelt ist, die richtige Anlaufstelle ist. Im einen Fall geht es um islamistisch radikalisierte Jugendliche, im anderen Fall um queere Menschen. Die Alternative Linke wird die Umsetzung des Postulats durch den Regierungsrat kritisch begleiten und allenfalls nachbessern. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Gleichstellung und Schutz vor Diskriminierung sind grundlegende Werte, die in jedem Lebensbereich gelten müssen. Uns ist es wichtig, dass dies überall und für alle Personen gilt. Gerade deshalb dürfen Fachstellen, die sich für Rechte von LGBTI-Personen einsetzen, nicht zum Spielball politischer Interessen werden.

Es soll nicht die Aufgabe des Fachbereichs LGBTI sein, sich für medizinische Behandlungen bei Minderjährigen einzusetzen. Es soll nicht Aufgabe des Fachbereichs sein, sich für Sprachregelungen und Pronomen einzusetzen. Es soll nicht Aufgabe des Fachbereichs sein, sich für Inhalte im Schulbereich einzusetzen. Und es soll auch nicht Aufgabe des Fachbereichs sein, sich für die Teilnahme von Transpersonen in Leistungs- und Frauensport zu engagieren. Wenn solche Institutionen instrumentalisiert und für parteipolitische Zwecke ausgeschlachtet werden, schadet es nicht nur ihrer Glaubwürdigkeit, sondern auch den Menschen, die auf den Schutz angewiesen sind.

Wir lehnen diese 180 Stellenprozente aber nur schon deshalb ab, weil eine viel grössere Gruppe keinen eigenen Fachbereich zum Schutz bekommt, das ist nämlich die jüdische Community. Diese ist viel mehr von Hasskommentaren und von persönlichen Angriffen betroffen. Ich denke, man kann nicht für jede Gruppe eine eigene Fachstelle betreiben. In dem Sinne sind wir überzeugt, dass die Fachstelle für Gleichberechtigung, wenn sie möchte, diesen Bereich LGBT mit den bestehenden Ressourcen bewirtschaften könnte. Danke vielmals.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich): 92, 134, 305, 309 und 281, das sind keine Lottozahlen, die Glück, Geld und Gedeihen im Land streuen. Hinter diesen brutalen Ziffern stehen gemäss der national erhobenen Statistik von Pink Cross (*Schweizer Dachverband der schwulen und bi Männer*), LOS (*Lesbenorganisation Schweiz*) und TGNS (*Transgender Network Switzerland*) die Hate-Crime-Meldungen der letzten fünf Jahre. Diese Gewalttaten finden nicht in einem luftleeren Raum statt, sondern auf dem Boden von Ideologien unterschiedlicher Abstammung, die aber allesamt auf die Verdrängung, Verneinung und Vernichtung der LGBTIQ-Community hinzielen. Insbesondere gewisse politische Diskurse, die gerne über soziale und nicht so soziale Medien verbreitet werden, verstärken diese Dynamik

und erhöhen ihre Reichweite. Dabei müsste allen und insbesondere den anwesenden Politikerinnen und Politikern im Raum mehr als klar sein, dass Hass Hass ist und die Vorstufe zur realen Gewalt darstellt. Wer – wie Susanne Brunner – Hasskommunikation auf eine Migrationsfrage reduziert, vergisst, dass die ältesten und grössten Aggressorinnen und Aggressoren in diesem Land einen Schweizer Pass hatten und haben. Die Diskriminierung und insbesondere die strukturelle Diskriminierung gegen die LGBTIQ-Community wurde über Jahrzehnte von helvetischen Parlamenten gemacht und gefordert. Der LGBT-Community wurden durch die bürgerliche Mehrheit ihre Menschenrechte verwehrt. Wir durften nicht heiraten, wir durften keine Kinder kriegen, wir durften nicht adoptieren, wir wurden zwangssterilisiert und therapiert – insbesondere im Fall der Trans- und Interpersonen passiert das nach wie vor. Alles ab bürgerlichem Wunsch und unter bürgerlicher Aufsicht.

Die Schweiz hat in den letzten Jahren – und nicht unbedingt dank Ihnen – Fortschritte gemacht. Die ignoranten Aussagen der SVP-Vertreterin zeigen jedoch, wie dringend die angedachte Stelle ist. Ich freue mich aber schon jetzt auf den Tag, an dem sich der Rat nicht nur für die Aufklärung einsetzt, sondern auch dazu bereit sein wird, sich für das geschehene Unrecht zu entschuldigen und eine Wiedergutmachung zu leisten.

Brigitte Röögli (SP, Illnau-Effretikon): Ich habe hier schon oft zu diesem Thema gesprochen. Ich bin selber ja als lesbische Frau auf dem Land aufgewachsen und ich hatte sehr lange sehr zu kämpfen, bis ich da stand, wo ich heute bin. Ich bin glücklich, Frau Regierungsrätin, dass Sie so einen guten Bericht geschrieben haben und solche Massnahmen ankündigen. Ich hoffe sehr, dass das jetzt sehr, sehr, sehr schnell umgesetzt wird. Es ist endlich Zeit, dass es eine Anlaufstelle gibt, wo Menschen, die Unterstützung brauchen, weil sie eben Hass erfahren oder ausgegrenzt werden, sich hinwenden können und wo sie unterstützt werden. Es geht darum, dass etwas, das in mir lebt und nicht von aussen hinzugegeben wurde, gelebt werden kann und dass ein Mensch gesund leben kann und nicht durch die Gesellschaft krank gemacht wird. Und deshalb danke vielmals, und hoffentlich kommt jetzt wirklich ganz schnell die Umsetzung.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen): Ich fühle mich da auch persönlich angesprochen. Die SVP hat alle Menschen gern, kriegen Sie sich mal wieder ein, beruhigen Sie sich mal. Wir haben alle Menschen gern. Wir unterscheiden nicht. Mir ist es doch egal, wie jemand lebt, wie jemand eine Partnerschaft macht. Das ist mir komplett egal, das interessiert mich nicht. Ich muss mich auch nicht für Fehler, die vielleicht früher entstanden sind, rechtfertigen, das muss ich nicht. Wir sind da für alle Menschen.

Aber ich schaue oft Schweizer Fernsehen, und im Schweizer Fernsehen wurde vom Ehepaar Durrer berichtet, Herr und Herr Durrer. Sie sind vor zwanzig Jahren nach Berlin gezogen und ziehen jetzt wieder zurück in die Schweiz. Sie können nicht mehr in Berlin leben, weil es homophob geworden ist, dieses Berlin. Und es

ist nicht homophob geworden wegen dieser paar Deutschen, die noch in Berlin leben. Es ist homophob geworden, auch – nicht nur, aber auch – wegen Menschen, die in Berlin wohnen, die nicht akzeptieren, dass zwei Schwule Hände halten und durch die Stadt ziehen. Die werden nicht akzeptiert. Und jetzt ziehen Herr und Herr Durer in die Schweiz, und es ist einfach wichtig, dass wir anerkennen: Das ist nicht der Kurt aus dem Toggenburg oder der Heiri vom Emmental, die diese Hate-Crimes begehen – vielleicht auch –, sondern es sind Menschen, die in unser Land ziehen und nicht akzeptieren können, dass zwei Schwule Händchen haltend durchs Dorf oder durch die Stadt laufen. Und das ist uns einfach wichtig. Wir möchten darauf hinweisen: Es sind nicht wir die Bösen. Ich sage auch nicht, «alle anderen sind die Bösen», aber es hängt damit zusammen.

In unserer Tradition ist das alles kein Problem, aus meiner Sicht, aber wir haben Menschen in unserem Land, die das nicht akzeptieren wollen. Das ist uns einfach wichtig bei diesem Punkt, das möchten wir gesagt haben. Und ja, zu Angriffen pauschal gegen die bürgerliche Seite: Vielleicht sind früher Fehler passiert, aber Sie müssen uns jetzt so beurteilen ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Kommen Sie zum Schluss bitte.

Markus Bopp fährt fort: ... wie wir hier politisieren, und da möchten wir halt diese Dinge beim Namen nennen. Besten Dank.

Leandra Columberg (SP, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Herr Bopp und sonst in die Richtung der SVP-Fraktion, ich finde es schon bezeichnend, dass Sie zum einen sagen, Hassdelikte gegen queere Menschen seien in diesem Kanton kein Problem, andererseits seien es aber nur Ausländerinnen und Ausländer, die daran schuld seien, und es brauche aber auch keine Ressourcen, um queere Menschen zu schützen. Ich wünschte mir ja, dass die SVP die Vorreiterin der queeren Rechte in der Schweiz wäre. So sieht es leider nicht aus, und es sind nicht nur Taten, die weit in der Vergangenheit liegen, die Ihre Partei mitzuverantworten hat. In den letzten zehn Jahren gab es diverse Äusserungen, die äusserst despektierlich waren, von Exponenten Ihrer Partei. Es wurden auch schon Exponentinnen und insbesondere Exponenten Ihrer Partei verurteilt deswegen. Ich würde da einfach einen Schritt zurück machen und ich finde es heuchlerisch, dass Sie dieses Thema wieder einfach für Ihre rassistische Propaganda brauchen, und bitte Sie, das zu unterlassen.

David Garcia Nuñez (AL, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte nur kurz replizieren auf den SVP-Vertreter: Also diese Verbrechen haben stattgefunden, sie sind protokolliert. An dieser Stelle seitens der grössten Fraktion in diesem Rat von «vielleicht» zu sprechen, finde ich wirklich sehr, sehr schwierig. Und das Zweite ist: Wenn Sie nicht Generalisierungen von meiner Seite wollen, dann re-

den Sie mit Frau Brunner, sie hat die ganzen Migrantinnen und Migranten generalisiert. Wenn Sie nicht Dreck an sich haben wollen, wenn Sie nicht wollen, dass wir mit Dreck zurückwerfen, dann fangen Sie nicht damit an. Sie sind die stärkste Fraktion in diesem Rat und sind dementsprechend in der Verantwortung. Und das Dritte ist: Sie haben EDU-Vertreter in Ihrer Fraktion. Die wollen keine Behandlung von Transjugendlichen, die wollen die Transjugendlichen vernichten (*Unmutsäusserungen von der rechten Ratsseite*). Was sagen Sie dazu? Sie sagen jetzt, dass das Homosexuelle, dass alles irgendwie okay sei. Diese Kinder und Jugendlichen brauchen diese Behandlung, und es ist nicht eine politische Frage und schon gar nicht von der SVP zu entscheiden, ob sie sie bekommen oder nicht. Das sind Menschenrechte, die auch im Gesundheitsbereich gelten. Und ja, ich bin emotional, es geht um meine Leute, es geht um meine Familie, es geht um meinen Job. Und wenn Sie jetzt da mit Tone-Policing anfangen, kann ich Ihnen garantieren – das wissen Frau Garcia und Frau Brunner auch –, dass ich das auch machen kann.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) spricht zum zweiten Mal: Eine ganz kurze Replik, auch an die SVP: Herr Bopp, wir hören wirklich, dass Ihnen das wichtig ist, der Schutz von queeren Menschen. Das ist uns auch sehr wichtig. Nur verstehe ich nicht ganz, warum Sie dann nicht Teil der Lösung sein wollen und auch die Kommunikation und die Fachstelle entsprechend stärken, sondern nur Probleme sehen und bewirtschaften.

Stefan Schmid (SVP, Niederglatt): Ich fühle mich aufgrund der Wortmeldungen von Frau Columberg und Herrn Garcia auch noch zu einer Wortmeldung provoziert. Also grundsätzlich an Ihre Adresse: Besten Dank, dass Sie aufmerksam sind. Letztendlich liegt die Verantwortung bei sämtlichen 180 Personen hier drin, und es ist ganz bestimmt nicht so, dass bei der grössten Fraktion eine besondere Verantwortung liegt. Letztendlich sind wir alle von der Bevölkerung gewählt, wir tragen diese Verantwortung gemeinsam.

Und das ist jetzt eher an die Adresse von Kollegin Columberg: Es ist für mich nach dem Votum von Markus Bopp, nach dem Hände reichenden Votum von Markus Bopp wirklich nicht verständlich, wie Sie wieder – man muss nicht den Kopf schütteln – Öl ins Feuer giessen, künstlich die Emotionen hochspielen. Sie politisieren oder du verpolitisiert und veremotionalisierst dieses Geschäft, ein relativ simples Geschäft. Es geht letztendlich darum, ob wir zusätzliche Mittel sprechen wollen oder nicht. Das ist die einzige Frage. Und jetzt wird die Diskussion dermassen hochstilisiert, da habe ich extrem Mühe. Insofern gehe ich davon aus oder empfinde ich es so, dass du deine Verantwortung nicht wahrgenommen hast. Besten Dank.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte einfach auch nochmals sagen, dass es hier eine Partei gibt, die schon immer die Anliegen von LGBTIQ bekämpft hat und die ein Freudenzeichen macht, wenn ich

hierzu spreche. Das finde ich noch despektierlicher. Ich denke einfach: Es geht darum, dass Sie uns wirklich am liebsten nicht mehr sehen würden. Und dies erlebe ich immer wieder auch in Gesprächen mit jungen Menschen, wie diese angefeindet werden. Und es sind Schweizerinnen und Schweizer, es sind jetzt nicht einfach immer die Migrantinnen und Migranten, die Sie hier vorbringen, sondern gerade auch auf dem Lande werden Menschen ausgegrenzt, verhöhnt und ausgeschlossen. Und es sind die Familien, es sind die Parteien und es sind die Männerbünde, die dort herrschen und immer noch sagen, wo es langgeht. Deshalb nochmals: Danke vielmals für die schnelle Umsetzung dieses Geschäftes.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): In absentia unseres Fraktionschefs möchte ich hier doch noch im Namen der SVP/EDU-Fraktion Stellung beziehen gegen die, gelinde gesagt, ungeheuerlichen Vorwürfe, die hier vorgebracht wurden, namentlich von Herrn Garcia. Ich bin, ehrlich gesagt, schockiert. Das Votum von Herrn Bopp war meines Erachtens ausserordentlich ausgewogen.

Es ist eine offensichtliche und für alle sichtbare Tatsache, dass überall dort, wo die Zuwanderung aus dem Nahen Osten, aus muslimischen Ländern kommt, dass dort die Homophobie zunimmt. Das ist Fakt, das leugnen Sie, Sie leugnen einfach diese Zusammenhänge. Niemand von unserer Seite hat gesagt, alle Zuwandererinnen und Zuwanderer seien schuld daran, das ist einfach eine Behauptung (*Zwischenrufe von der linken Ratsseite*), das stimmt überhaupt nicht. Aber dass in diesen Kreisen die Homophobie weiter verbreitet ist als unter den, ich sage jetzt mal, Bioschweizern, auch das ist absolut offensichtlich.

Und dann diese Aussage, wir wollten irgendjemanden vernichten. Lieber Herr Garcia, Sie können hier schon emotional sein, das ist Ihr Business, von mir aus, aber bitte halten Sie sich in diesem Rat mit solchen polemischen Äusserungen zurück. Vielen Dank.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich erlaube mir, mich hier als Nicht-Bioschweizerin, als Eingebürgerte zu äussern. Sie sind einfach so heuchlerisch auf der anderen Ratsseite. Nur weil Sie mit ruhiger Stimme rassistische Aussagen vortragen, macht es sie nicht weniger rassistisch. Sie werfen hier jungen Frauen oder halt Direktbetroffenen vor, dass sie emotional seien. Ich bin zum Glück nicht betroffen, darum kann ich weniger emotional sein. Nein, Sie treffen ganz klar rassistische Aussagen, wenn Sie sagen, «die wenigen Deutschen, die noch in Berlin sind» und solche Dinge, und Sie werfen das alles in einen Topf und werfen einfach a priori vor, dass Muslime immer queerfeindlich seien. Also wenn, dann ist es einfach ein Religionsproblem. In sehr streng religiösen Gemeinschaften herrscht ganz oft ein Homophobie-Problem. Und die einen Gesellschaften sind einfach schon etwas laizistischer als die anderen. Und ja, Ihre Aussagen sind sehr häufig rassistisch, das ist einfach so, und Sie sind eine ausländerfeindliche Partei.

Hans Egli (EDU, Steinmaur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich schnell zu Herrn Garcia Nuñez äussern. Ich finde es eine Frechheit, dass Sie sagen, die

EDU möchte Transpersonen vernichten. Das ist sehr, sehr unanständig, was Sie sagen. Das ist Anfeindung und verbale Entgleisung und völlig daneben, und Sie qualifizieren sich mit dieser Aussage vor allem selber.

Jonas Pfister (Grüne, Winterthur): Ich möchte mich kurz an die SVP wenden. Ich bin doch ziemlich sicher sichtbar Teil der LGBTIQ+-Community und ich weiss nicht, wer von Ihnen, speziell Frau Brunner und Herr Bopp, schon mal Ziel von Hassrede geworden ist (*Zwischenrufe von der rechten Ratsseite*). Ich bin es schon häufig geworden, sehr häufig. Und ich kann Ihnen sagen, die Leute, die Hassrede äussern, tun das nicht wegen ihrer Herkunft, sondern wegen ihrer Gesinnung, speziell wegen ihrer politischen Gesinnung. Und wenn Sie, Herr Bopp, sagen, dass es in der Schweiz besser sei als in Berlin mittlerweile, dann mag das sein. Ich kann es nicht überprüfen, ich war schon ewig lang nicht mehr in Berlin. Aber nur weil es hier besser ist, ist es noch lange nicht gut.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf) spricht zum zweiten Mal: Jetzt muss ich auch noch replizieren: Wenn Sie den Ausländerinnen und Ausländern, Migrantinnen und Migranten unterstellen, sie seien rassistisch, ist das wirklich absolut ein Tiefpunkt in diesem Rat. Frau Brunner hat es ganz genau benannt. Wenn wir jetzt all die Hasskommentare anschauen, dann findet das vor allem auch in den sozialen Medien statt. Wenn man die Namen anschaut, muss man sagen, dass das wirklich Schweizer und Schweizerinnen sind, die sich da voll ausleben. Schauen Sie mal die Online-Kommentare beim Tages-Anzeiger an, überall, das ist tiefste Schublade, absolut tiefste Schublade. Ich bin aus den sozialen Medien ausgestiegen, weil ich diese Hasskommentare wirklich nicht mehr ertragen habe. Also bitte bleiben Sie irgendwie einfach korrekt und bei den Fakten. Es sind nicht die Ausländer und Ausländerinnen und die Migrantinnen und Migranten, die Hass verbreiten, es sind ganz, ganz viele normale Bünzli-Schweizer.

Mandy Abou Shoak (SP, Zürich): Lieber Herr Bopp, liebe Kollegen der SVP-Fraktion, das Problem ist eben leider: Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Manchmal macht man Fehler, und dann kann man sich dafür entschuldigen, wenn man das möchte. Und das war jetzt wirklich ein bisschen daneben. Und wenn hier Direktbetroffene sprechen, wäre es wirklich angebracht, einfach zuzuhören.

Susanne Brunner (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte auf den grünen Sprecher replizieren, der den Vergleich mit der Privatwirtschaft erstellt hat. Natürlich läuft es eben genau nicht so. Wenn eine neue Aufgabe hinzukommt oder wahrgenommen wird, beispielsweise durch eine technische Veränderung, dann muss das Unternehmen priorisieren, repriorisieren und vielleicht eine Aufgabe dann fallenlassen, um das Neue anzupacken. Es läuft eben nicht so, dass einfach Geld von den Bäumen runterwächst.

Und dann möchte ich mich an die Parteien Mitte, EVP und GLP wenden. Also ich bin ja schon erstaunt ob Ihrem unerschütterlichen Glauben an die staatliche

Wirkungsmacht. Denken Sie denn wirklich, wenn Sie im Dezember diese 1,8 Stellen, diese 180 Stellenprozente von Jacqueline Fehr bewilligen, dass sich da irgendetwas verändert, irgendetwas? Nein, es wird sich nichts verändern, dann wird Frau Fehr oder ihre Nachfolgerin – nicht gerade im folgenden Jahr, aber vielleicht in fünf Jahren – kommen und eine Verdoppelung des Etats verlangen. Hier laufen wir ins Leere. Das ist keine Staatsaufgabe. Kommen Sie zur Besinnung und realisieren Sie, dass Sie nicht ganze Bevölkerungsteile umerziehen können.

Und der Sprecherin der Mitte, Frau Bodmer, möchte ich sagen: Die Bevölkerung erwartet von uns nicht ein Symbol, dass wir hier eine Fachstelle erweitern für diese Gruppe von Menschen, sondern sie erwartet Lösungen. Dann, bitte schön, bilden wir die Lehrerinnen und Lehrer aus, damit sie da sensibilisieren. Aber Sie wissen ganz genau, wo die Wurzel dieses Problems liegt. Es kann nicht sein, dass es eine staatliche Umerziehung hinkriegt, hier die Kurve zu kriegen. Und dann möchte ich mich noch an Selma L'Orange Seigo wenden ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Es tut mir leid, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Susanne Brunner fährt fort: ... die uns gesagt hat, die SVP sei ausländerfeindlich, das weise ich hiermit zurück. Besten Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Ja, diese 1,8 Stellen werden jetzt die Welt nicht auf den Kopf stellen, aber Sie von der SVP können sehr viel dazu beitragen. Ich habe mich in den letzten Wochen sehr viel in den sozialen Medien bewegt. Ich habe unendlich viele Posts und Kommentare auf meine Posts gelöscht, weil sie einfach so untendurch waren. Und ich schaue immer wieder, was passiert, wenn Sie Dinge in die sozialen Medien auch von Ihrer Partei hochladen. Sie kultivieren genau diese Ausländerfeindlichkeit und diesen Rassismus. Selber produzieren Sie ihn nicht direkt. Das ist immer noch juristisch korrekt, was Sie machen, aber Sie korrigieren überhaupt gar nicht den ganzen Dreck, der nachher kommt. Das lassen Sie immer wunderbar stehen und sind happy, dass Sie weiss nicht wie viele, hunderte Kommentare haben, vielleicht von Ihrer Gefolgschaft, vielleicht auch nicht. Aber Sie kultivieren das im Netz, diese Hasskommentare, diese Feindlichkeit auch gegen LGBTI-Menschen und so weiter und so fort. Also den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit und des Rassismus, den können Sie nicht mit heuchlerischen Reden aus Otelfingen von sich weisen. Vielleicht sind Sie einfach in der falschen Partei, Herr Bopp. Ich nehme Ihnen das sogar ab, aber Ihre Umgebung tickt anders.

Florian Heer (Grüne, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich meinem Vorredner anschliessen und eigentlich auf das replizieren, was Frau Brunner gesagt hat. Wir ändern vielleicht nicht alles, aber wenn Sie etwas ändern möchten, dann tun Sie es doch bitte, dann unterstützen Sie mit uns alle queerfreundlichen

Vorstösse. Ich habe nachgeschaut, sämtliche queerfreundliche Vorlagen hier im Rat torpedieren Sie, bekämpfen Sie und negieren ihre Gründe, bringen Argumente, weshalb es nicht nötig sei, weshalb es zu viel kosten würde und, und, und. Sie finden hundert Gründe, warum Sie das nicht wollen, und das sind eben Zeichen, dass Sie das nicht ernst meinen und Ihre Verantwortung eben nicht ernst nehmen, wenn es darum geht, wirklich die Hand zu reichen; nicht nur in einer ruhig dahergebrachten Sprache jetzt hier im Rat, sondern eben auch mit Taten, wenn es etwas bewirken würde. Wir werden mit diesem Postulat bestimmt nicht die ganze Welt verbessern, dafür braucht es uns alle. Und dafür braucht es uns auch als Vorbilder für die Zivilgesellschaft, die dafür eintreten, dass eben Kommentare gelöscht werden, die dafür eintreten, queeren Menschen einen Boden zu geben, damit sie sich nicht ausgegrenzt fühlen, und so weiter. Wenn Sie das öffentlich machen würden, wäre das ein Signal, aber das tun Sie eben nicht. Und das unterscheidet Sie leider, liebe SVP, von anderen Parteien, die hier bewusst ein Zeichen setzen möchten und sagen, «wir wollen das nicht mehr so». Ihre Rede ist halt einfach hohl, wenn Sie nur in ruhiger Sprache dagegen sprechen, aber keine Taten – und zwar nie eine Tat – folgen lassen und kein einziges Geschäft in diesem Bereich positiv unterstützen oder zumindest Ihre Zustimmung signalisieren, sondern bei jedem Geschäft dagegen sind. Sogar hier missbrauchen Sie es für Ihr rechtskonservatives Narrativ gegen Ausländerinnen und Ausländer, sogar hier verwenden Sie es wirklich für das Falsche.

Claudia Bodmer-Furrer (Die Mitte, Maur) spricht zum zweiten Mal: Liebe Susanne Brunner, es geht nicht um Umerziehung, es geht darum, dass sich ein Personenkreis, der vermehrt Diskriminierung ausgesetzt ist, an eine Fachstelle wenden kann. Und wir haben es gehört, es ist ein gesetzlicher Auftrag. Die Mehrheit der Bevölkerung hat diese Anti-Rassismus-Strafnorm angenommen. Es ist ein gesetzlicher Auftrag, dass wir uns hier darum kümmern müssen.

Und dann noch das Beispiel zur Privatwirtschaft. Susanne Brunner, du hast gesagt, in der Privatwirtschaft würde man hier die Stellen sicher nicht ausbauen. Ich sehe das anders. Ich habe in der Privatwirtschaft gearbeitet und ich bin heute auch als Gemeinderätin tätig. Und wenn eine Abteilung seit 2003 bei zunehmend hoher Arbeitslast immer die gleichen Stellenprozente hat – seit 2003, das sind 23 Jahre – und wir jetzt beschliessen, dass ein ganz neuer Aufgabenbereich dazukommt, dann würde sowohl in der Privatwirtschaft wie auch hoffentlich in den Gemeinden eine neue Stelle geschaffen werden. Also dann geht es ja nicht zuletzt auch um eine arbeitgeberische Fürsorgepflicht. Wir können ja die Leute nicht einfach immer mehr und mehr und mehr belasten, ohne die Stellen entsprechend auszubauen. Klar, wir können auf die Digitalisierung hoffen und wir können auf Effizienzsteigerung hoffen, aber das geht nicht überall. Und in einem Beratungsumfeld kannst du mit Digitalisierung nicht viel erreichen, und auch die Effizienzsteigerung ist im Beratungsumfeld nur teilweise sinnvoll. Danke.

Markus Bopp (SVP, Otelfingen) spricht zum zweiten Mal: Wir kommen hier nicht mehr ohne Schaden raus, das ist logisch (*Heiterkeit*). 18. Januar 2026, Tages-Anzeiger, wieder in dieser ruhigen Sprache, die Sie von uns irgendwie nicht so vertragen. Es geht nochmals um dieses homosexuelle Paar aus Berlin, die sind jetzt halt ausgeschlachtet worden, und wir benutzen das. Sie benutzen ja auch die AKW-Probleme, um diese dann auszuschlachten. «Das Paar berichtet über tägliche homophobe Anfeindungen durch muslimische Migranten in der deutschen Hauptstadt», der Tages-Anzeiger ist nicht unsere politische Seite. Im zweiten Satz steht, die Polizei habe bei Bedrohungen nicht geholfen, sondern geraten, das Haus nicht zu verlassen. Das ist Berlin, und wir wollen einfach nicht, dass es in Zürich auch so weit kommt. Und wenn ich jetzt die unterste Schublade genommen habe, dann ist es so, manchmal braucht es auch diese. Aber wir sind nicht pauschal rassistisch, nur glauben Sie es uns halt nicht. Aber da steht es jetzt im Tages-Anzeiger. Besten Dank.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüsse ich noch auf der Tribüne die Teilnehmenden des Seminars «Wechselspiel Politik – Verwaltung». Herzlich willkommen bei uns. Sie haben sich eine sehr interessante Debatte ausgesucht.

Frau Brunner (*die Angesprochene hat die Taste für eine weitere Wortmeldung gedrückt*), Sie können nicht replizieren, Sie wurden nicht direkt angesprochen, respektive es wurde keine konkrete Frage gestellt.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Susanne Brunner gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das Postulat KR-Nr. 370/2020 ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.